



Wir kehren gründlich.

Landesregierung
Baden-Württemberg

Unter den Teppich.

Mittelstand statt Großkonzerne

Baden-Württemberg zählt zu den wirtschaftlich starken Regionen Europas. Die Arbeitslosigkeit ist vergleichsweise gering. Es war ein glücklicher Umstand, dass Baden-Württemberg nicht über große Kohlevorkommen verfügt, die zu einer einseitigen Orientierung auf Kohle und Stahl geführt hätten. Das Land profitiert vom Mittelstand, von einer vergleichsweise dezentralen Wirtschaftsstruktur.

Trotzdem setzt die Landesregierung auf **Konzentrationsprozesse zugunsten nur weniger Konzerne**. Man setzt auf Atomkraft und auf den Atomkraftwerksbetreiber EnBW, wie auch der jüngste Aktiendeal beweist.

Kaufkraftabfluss durch Energieimporte

Dabei kehren die regierungsverantwortlichen Politiker gerne unter den Teppich, dass diese einseitige Energiepolitik zu **massiven Kaufkraftabflüssen aus dem Land** führt. Denn: Rund 50 Prozent des baden-württembergischen Stroms kommt aus den Atomkraftwerken Philippsburg und Neckarwestheim. Dafür muss der knappe Kernbrennstoff **Uran teuer importiert** werden. Auch die Steinkohle für das Mannheimer Kohlekraftwerk wird von außen eingekauft. Heimische erneuerbare Energien wirken dem entgegen. **Von mehr dezentraler erneuerbarer Energie hätten viele Bürger im Land einen wirklichen Gewinn.**

Als würden alle gewinnen

Bei der Atomenergie ist immer viel von Gewinnen die Rede, so als könnten alle davon profitieren. Aber: Die Gewinne der einen sind immer die Verluste der anderen:

In den ersten drei Quartalen des Jahres 2010 stieg der Gewinn des Atomkraftwerksbetreibers EnBW im Bereich Strom, Erzeugung und Handel um 8,1 Prozent auf 1,3 Milliarden Euro. **Für diesen Milliarden-Profit zahlt die baden-württembergische Bevölkerung weit überhöhte Strompreise.** Das Geld fällt schließlich nicht vom Himmel.

Steigende Strompreise

Die EnBW erhöht immer wieder die Strompreise, aktuell zum Jahreswechsel 2010/2011 um brutto 2,42 Cent pro Kilowattstunde. Ein durchschnittlicher Haushalt zahlt dadurch rund 70 Euro pro Jahr mehr. Die fadenscheinige Begründung dafür lautet: Ursache für die Verteuerung sei der zweimalige Anstieg der EEG-Umlage für die erneuerbaren Energien. Diese Begründung überzeugt nicht. Dahinter steckt eine Kampagne mit dem Ziel, die erneuerbaren Energien in Misskredit zu bringen. Fakt ist: **Durch die Einspeisung von erneuerbarem Strom haben sich die Stromeinkaufspreise für die Stromversorger in den vergangenen zwei Jahren deutlich verringert und nicht erhöht.** Diese Einsparungen haben in etwa die Höhe der gestiegenen EEG-Umlage. Die Bundesnetzagentur hält die Strompreiserhöhung daher für nicht gerechtfertigt. Und der Bundesgerichtshof hat schon in zwei Urteilen klar entschieden, dass Kostensenkungen von Energieversorgern an die Verbraucher weiterzugeben sind. **Das aber wird von den Stromkonzernen ignoriert.**

Arbeitsplätze durch Erneuerbare

Die Bevölkerung profitiert von der Atomenergie noch nicht einmal durch besonders viele Arbeitsplätze. Bundesweit arbeiten nur rund 30.000 Menschen für die Atomindustrie.

Die Erneuerbare-Energien-Branche hingegen bietet jetzt schon 340.000 Arbeitsplätze. Das liegt an der dezentralen, mittelständischen Struktur der neuen Branche. Die erneuerbaren Energien passen sehr viel besser zu Baden-Württemberg als die von der Politik bevorzugte Atomenergie.

Das Land vergibt unter anderem mit der systematischen Blockade der Windenergie bislang erhebliche Chancen: Ein aktueller Bundesländer-Vergleich ergab, dass Baden-Württemberg unter allen deutschen Ländern die wenigsten Menschen in der Windbranche beschäftigt.

100 % Erneuerbar „in Bürgerhand“

Viele glauben auch heute noch, der vollständige Umbau auf erneuerbare Energien sei nicht zu bewältigen und allenfalls Zukunftsmusik. Dies unterschätzt die durch **tausende Kleininvestoren längst entstandene Dynamik**.

Das enorme Ausbautempo bei der Photovoltaik (Solarstromerzeugung) zeigt die Prognose der vier großen deutschen Stromnetzbetreiber. Demnach verdreifacht sich die Photovoltaik-Leistung in nur zwei Jahren von knapp 10.000 Megawatt Ende 2009 auf fast 29.000 Megawatt bis Ende 2011.

Das zeigt, welche Entwicklungsdynamik das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) freigesetzt hat. Der unlängst verstorbene Träger des Alternativen Nobelpreises, Hermann Scheer, legt in seinem Buch „Der energetische Imperativ“ dar, dass die **Umstellung der gesamten Energieversorgung auf 100 Prozent erneuerbare Energie** „unschwer bis 2030“ erfolgen kann.

Voraussetzungen:

- Bundesländer wie Baden-Württemberg beenden endlich ihre Genehmigungsblockaden.
- Die Bundesregierung baut das EEG nicht so um, dass der Ausbau der dezentralen erneuerbaren Energien zum Erliegen kommt.
- Die Politik setzt endlich gute Rahmenbedingungen für eine deutliche Steigerung der Energieeffizienz.

„Der Anteil der Windkraft am Nettostromverbrauch der Bundesländer reicht von etwa 47 Prozent in Sachsen-Anhalt ... und 38 Prozent in Brandenburg bis zu nur ... 0,8 Prozent in Bayern und Baden-Württemberg. Diese Unterschiede sind nur politisch erklärbar: In den schlusslichternden Bundesländern herrscht eine gezielte politische Verhinderungsplanung.“

Dr. Hermann Scheer

Auf die eigenen Kräfte besinnen

Vielfach wird in Baden-Württemberg der Eindruck erweckt, hier könne man zwar Solarenergie nutzen, Windstrom aber müsse man mit neuen teuren Stromtrassen von Nordsee-Windparks nach Süddeutschland transportieren. Verwiesen wird zudem auch gerne auf angeblich notwendige Solarstromimporte aus der Wüste in ferner Zukunft.

Dabei wird übersehen, dass **in den Höhenlagen von Schwarzwald und Schwäbischer Alb Windverhältnisse herrschen wie an der Küste**. Bereits 700 moderne Windenergieanlagen der 5-MW-Klasse könnten bis zum Jahr 2020 an geeigneten Standorten rund 10 Prozent des Strombedarfs in Baden-Württemberg liefern (7 Terawattstunden).

Solarenergie, Biogas und Holz könnten jeweils 4 TWh beisteuern, so die Arbeitsgemeinschaft Erneuerbare Energien Baden-Württemberg. Zusammen mit 10 TWh aus Wasserkraft kommt man bis 2020 auf 29 TWh Strom, was 43 Prozent des Strombedarfs des Jahres 2009 entspricht. **Bis 2030 sind 100 Prozent möglich.**

Regionale Wertschöpfung

Die Nutzung heimischer erneuerbarer Energien führt zu einer nicht zu unterschätzenden **regionalen Wertschöpfung**. Im benachbarten Rheinland-Pfalz erzielt zum Beispiel eine Kommune durch eine 6-MW-Windenergieanlage in zwanzig Jahren



Pachteinnahmen in Höhe von 1,5 Millionen Euro und zudem eine Million Euro Gewerbesteuern.

Es geht insgesamt um sehr viel Geld. Die Energiekosten pro Kopf – ohne Anlageninvestitionen – liegen in Deutschland bei durchschnittlich 2500 Euro im Jahr, in denen alle direkten und indirekten Energiekosten enthalten sind. Bei 10,7 Millionen Einwohnern geht es in Baden-Württemberg um eine **Gesamtsumme von 26,8 Milliarden Euro**. Bei einer vollständig heimischen Energieversorgung verbleibt dieser Betrag **im eigenen Wirtschaftskreislauf**.

Energierohstoffe werden weltweit immer knapper, teurer und heftiger umkämpft. Ein Verzicht auf Energieimporte ist deswegen auch ein **Beitrag zum Frieden**.

Was ist zu tun?

- Die **politische Blockade** der Windenergie und der anderen dezentralen erneuerbaren Energien **beenden**.
- **Nahwärmenetze fördern**, um die großen Potenziale der Biomasse erschließen zu können.
- Den **Ausbau von Bürgerkraftwerken** konsequent weiter vorantreiben: www.buerger-kraftwerke.de
- **Wählen und Einfluss nehmen auf die Politik**.

Impressum

Herausgeber: Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V. (IPPNW), Körtestraße 10, 10967 Berlin. www.ippnw.de

Redaktion: Henrik Paulitz (V.i.S.d.P.), Dr. Angelika Claußen, Ewald Feige, Reinhold Thiel, Angelika Wilmen.

Gestaltung: doppel punkt, Kommunikationsdesign
Gedruckt auf Recycling-Papier. Januar 2011



Mitmachen

➤ **Sorgen Sie mit für die Verbreitung dieser Informationsschrift.**

200 Exemplare kosten 12 Euro.

1000 Exemplare 30 Euro, 5000 Exemplare 120 Euro.

Bestellungen an:

IPPNW, Körtestraße 10, 10967 Berlin, Tel. 030-69 80 740,
Fax 030-69 38 166, kontakt@ippnw.de, www.ippnw.de

Spenden

➤ **Bitte unterstützen Sie die Verbreitung dieser Informationsschrift mit einer Spende.**

Kontoinhaber: IPPNW, Konto-Nr. 222 22 10, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 100 205 00, Stichwort: Neue Energie.

Weitere Informationen

➤ www.neue-energie-deutschland.de

Sicher in die Katastrophe?

Nach Darstellung der Atomindustrie haben wir in Deutschland die sichersten Atomkraftwerke der Welt. Das stimmt nicht. Die OECD führte 1997 so etwas wie eine Pisa-Studie für Kernkraftwerke durch. Darin schnitten die deutschen Atomkraftwerke im internationalen Vergleich bei der Kernschmelzfestigkeit **katastrophal schlecht** ab.

Auch sonst weisen die deutschen und auch die **baden-württembergischen Atomkraftwerke viele gefährliche Sicherheitsdefizite** auf.

Philippsburg-1

Block 1 des Atomkraftwerks Philippsburg wird als Siedewasserreaktor der „Baulinie 69“ betrieben und ist somit einer der gefährlichsten Atommeiler Deutschlands.

Der Reaktordruckbehälter, das Herzstück eines jeden Atomkraftwerks, ist eine Fehlkonstruktion. In Österreich wurde bei einem baugleichen Atomkraftwerk moniert, dass noch nicht einmal den Vorschriften der „Dampfkesselverordnung“ entsprochen wurde.

Ein aktueller „Schwachstellenbericht“ im Auftrag dreier österreichischer Landesregierungen vom Oktober 2010 bestätigt, dass an der kritischen Bodenschweißnaht des Reaktordruckbehälters von Philippsburg-1 Spannungen auftreten können, die mit 326 Newton/mm² den genehmigten und zulässigen Wert von 177 N/mm² weit überschreiten. Schon im Normalbetrieb können **gefährliche Ermüdungsrisse** entstehen, ohne dass dies durch Prüfungen vorhersehbar wäre.

Kommt es in Philippsburg-1 auf diese Weise zu einem Leck direkt am Reaktordruckbehälter, dann steht die Kühlfähigkeit des Reaktorkerns grundsätzlich in Frage, **so dass es zu einem Kernschmelz-Unfall kommen kann**.

Die Folgen eines schweren Atomunfalls in Deutschland wären wegen der größeren Bevölkerungsdichte **weitaus schlimmer als nach Tschernobyl**.

Neckarwestheim-1

Neckarwestheim-1 gehört ebenso wie das hessische Atomkraftwerk Biblis zur ältesten, derzeit noch in Betrieb befindlichen zweiten Druckwasserreaktor-Generation.

Basierend auf offiziellen Sicherheitsgutachten hat die atomkritische Ärzteorganisation IPPNW für Biblis B viele Dutzend **schwerwiegende Sicherheitsdefizite** dokumentiert. Wesentliche Schwachstellen dieses Reaktortyps wurden inzwischen sowohl durch ein Gutachten der Bundesatomaufsicht als auch durch eine 2010 erstellte gemeinsame „Nachrüstliste“ aller deutschen Atomaufsichtsbehörden bestätigt.

So fehlt beispielsweise eine automatische Auslösung für das Herunterfahren des Atommeilers beim gefürchteten „kleinen Leck“, sowie ein schnell wirkendes Vergiftungssystem („Zusatzboriersystem“), um die äußerst gefährlichen Dampferzeuger-Heizrohrlecks zu beherrschen. Die Notkühlwassermenge ist knapp, ebenso wie die „Speisewasservorräte“. Bemängelt werden ferner der unzureichende Schutz gegen Brände und Überflutungen, die unzureichende räumliche Trennung von Sicherheitssystemen und Rohrleitungen, Defizite beim Notkühlsystem, das fehlende „An- und Abfahrssystem“, fehlende Ventile an den Dampferzeugern, überflüssige Schweißnähte, veraltete Werkstoffe und vieles mehr.



Neckarwestheim-2

Neckarwestheim-2 zählt zu den drei letzten, vor gut 22 Jahren in Deutschland errichteten so genannten „Konvoianlagen“ – damals waren sie der Stolz der deutschen Atomindustrie. Neuere Untersuchungen der Gesellschaft für Reaktorsicherheit (GRS) im Auftrag der Bundesatomaufsicht haben ergeben, dass die Konvoianlagen in Teilbereichen **noch schlechtere Sicherheitsstandards** aufweisen als die Altmeiler.

Bemängelt wurden u. a. zu kleine und zu wenige Ventile am Primär- und am Sekundärkreislauf, Unzulänglichkeiten bei der Überwachung der Wassermenge im Reaktordruckbehälter, geringe Festigkeiten der Werkstoffe des Containments sowie mehrere Defizite bei der Beherrschung des „Notstromfalls“ und von „kleinen Lecks“.

Bei „kleinen Lecks“ kommt erschwerend hinzu, dass laut GRS bei den Konvoianlagen die nachgerüsteten so genannten **Notfallmaßnahmen**, die einen Kernschmelz-Unfall quasi im letzten Moment noch verhindern sollen, erwartungsgemäß **nicht funktionieren**.

Weltweit eine akute Gefahr

Das Risiko für eine erneute Atomkatastrophe ist immens. In den vergangenen Jahren hätte es auch nach Tschernobyl schon mehrfach zu einem schweren Kernschmelzunfall kommen können.

So beim vollständigen Stromausfall im taiwanesischen Atomkraftwerk Maanshan-1 am 18. 3. 2001, beim fast vollständigen „Durchrosten“ des Reaktordruckbehälters im US-Atomkraftwerk Davis-Besse im Jahr 2002 und beim fast vollständigen Stromausfall im schwedischen Forsmark-1 am 25. 7. 2006. Zu ausgesprochen gefährlichen Situationen kam es ferner am 24. 1. 2004 in Fessenheim-1 (Frankreich, direkt an der Grenze zu Baden-Württemberg), am 1. 3. 2005 in Kozloduy-5 (Bulgarien), sowie am 9. 4. 2007 in Dampierre-3 und am 2. 12. 2009 in Cruas-4 (beide Frankreich).

Auch in Deutschland gab es wiederholt gefährliche Vorkommnisse, u. a. in Krümmel, in Brunsbüttel, in Philippsburg und in Biblis. **Muss erst noch einmal so etwas wie in Tschernobyl passieren, bevor die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik die erforderlichen Konsequenzen ziehen?**

Schon gewusst?

1. Je näher ein Kleinkind an einem Atomkraftwerk wohnt, desto größer ist sein Risiko, an Krebs, besonders an **Leukämie** zu erkranken.
2. In der Umgebung von deutschen und schweizerischen Atomkraftwerken werden **weniger Kinder geboren** als in anderen Gebieten.

Konsequent gegen die Interessen der Bevölkerung

Das Energiekonzept der Bundesregierung lässt sich in wenigen Sätzen beschreiben: Man setzt vor allem auf Kohle- und Atomstrom, garniert mit ein bisschen Offshore-Windenergie aus der Nord- und Ostsee. Allen drei Technologien ist eines gemeinsam: **Das Geschäft machen wenige große Energiekonzerne.** Es geht allein darum, die Gewinne der Konzerne auf Jahre zu sichern. Die breite Bevölkerung geht hierbei leer aus. Sie profitiert eher von Windenergieanlagen an Land, einer heimischen Solarstromerzeugung, sowie von einer regionalen und nachhaltigen Biomasse-Nutzung. Die Hälfte der Erneuerbaren-Energien-Anlagen wurde bisher von Privatpersonen und Landwirten realisiert. Dabei geht es mit 43.000 Megawatt (MW) bis Ende 2009 um eine Spitzenleistung, die 33 großen Atomkraftwerken entspricht. **Die Erneuerbaren produzieren phasenweise jetzt schon mehr Strom als die Atomkraftwerke.**

Schrumpfkur für den Mittelstand

Der Zubau von **Energieanlagen „in Bürgerhand“** soll aber nach dem Willen der Bundesregierung **bald ein Ende haben.** Ihren Energieszenarien zufolge soll der jährliche Windenergie-Zubau an Land gegenüber heute auf ein Drittel, der Solarstrom-Zubau auf ein Viertel und der Bioenergie-Zubau auf ein Siebtel heruntergefahren werden. Und: Ab dem Jahr 2020 sehen die Szenarien vor, dass die Branche mit ihren rund 340.000 Arbeitsplätzen so gut wie gar keine Anlagen mehr bauen darf. Welche andere Wirtschaftsbranche bekommt von der Politik eine derartige Schrumpfkur verordnet? **Dieses Energiekonzept ist skandalös.**

Absurdes Konzept

Das Beispiel Windenergie macht deutlich, worum es bei dieser Energiepolitik geht. Ende 2010 betrug die installierte Offshore-Leistung von großen Meeres-Windparks nur etwa 175 MW. Für Ende 2011 rechnen die Netzbetreiber mit 470 MW. Bis 2020 sollen maximal 10.000 MW errichtet werden.

Weitaus bedeutsamer aber ist die Windenergienutzung an Land. Die installierte Leistung betrug Ende 2010 bereits rund 27.700 MW. Ende 2011 sollen es 29.600 MW sein. Bis 2020 hält EUROSOLAR eine Größenordnung von über 60.000 MW für realistisch.

Der **Ausbau der Windenergie an Land ist zudem sehr viel billiger und risikoärmer als die Offshore-Windenergie.** Die Konzerne bekommen für ihre Meeres-Windparks daher höhere Vergütungssätze und zusätzliche Staatsbürgschaften, für die der Steuerzahler aufkommt.

Mit dieser einseitigen Offshore-Orientierung überlässt man das Geschäft wenigen großen Energiekonzernen. **Bürger, Mittelstand und Stadtwerke gehen leer aus.**

Nichts Neues in Baden-Württemberg

Die Energiepolitik der baden-württembergischen Landesregierung geht in die gleiche Richtung und ist in Teilen noch schlimmer als die der Bundesregierung. Im Jahr 2009 bestand der Strom-Mix in der Südwestrepublik zu 52 Prozent aus Atomstrom, zu 33 Prozent aus fossilen oder sonstigen Quellen (insbesondere Steinkohle) und zu 15 Prozent aus erneuerbaren Energien, wobei dabei die großen Wasserkraftwerke dominieren.



An dieser Versorgungsstruktur durch wenige Großkonzerne soll sich nach dem Willen der bisherigen Regierung auch in Zukunft wenig ändern. Die Ziele für 2020 sind: 50 Prozent nuklear, 30 fossil und 20 erneuerbar. Während die erneuerbaren Energien bis 2020 im Bund 30 Prozent des Stroms liefern sollen und die Branche bundesweit mit 50 Prozent rechnet, will **Baden-Württemberg mit 20 Prozent weit darunter bleiben.**

*„Eine Behörde, die eine Standortgenehmigung für eine Erneuerbare-Energie-Anlage verweigern oder verzögern will, findet in der Vielfalt einschlägiger Vorschriften fast immer einen Grund dafür. ... In Bundesländern wie Baden-Württemberg ... werden auf diesem Wege 99,8 Prozent der Landesflächen von der Errichtung von Windkraftanlagen ausgeschlossen. Dies kommt vor allem einem **Investitionsverbot für Windkraft** gleich [...].“*

Dr. Hermann Scheer



Kampf gegen Windmühlen

Beispielsweise wird das Vorhaben baden-württembergischer Großkonzerne, in die Offshore-Windenergie zu investieren, von der Landesregierung „ausdrücklich befürwortet“. Aber: Der Anteil der Windenergie in Baden-Württemberg selbst soll von derzeit 0,8 Prozent nur auf eine Größenordnung von etwa 2 Prozent minimal zulegen dürfen, **obwohl das Potenzial um Größenordnungen darüber liegt.**

Die Zukunft Baden-Württembergs liegt im forcierten Ausbau dezentraler erneuerbarer Energien.

➤ Helfen Sie mit, dass dieser Weg nicht länger blockiert wird.

überreicht durch: